

Pressemitteilung

KMW im Umweltausschuss: „Belastbare Zahlen nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit!“

B.I. Kekowi zur Sitzung des Umweltausschusses der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung am Dienstag, 15. April 2008

Wiesbaden, 16.04.2008: „Wenn das der Auftakt zur neuen Informations- und Werbeoffensive der KMW war, dann wurde das selbst gesteckte Ziel eindeutig nicht erreicht“ urteilt Meinrad v. Engelberg, Sprecher der B.I. Kekowi, nach dem Besuch der gestrigen Sitzung des Umweltausschusses der LH Wiesbaden.

Zur Erinnerung: Im März hatte das Wiesbadener Stadtparlament die Kohlekraftwerkspläne der KMW einstimmig abgelehnt, nun erbaten die gewählten Vertreter jener Bürger, die über die Stadtwerke ESWE ein Hauptaktionär eben jener KMW sind, genauere Informationen zur bekannt zweifelhaften Wirtschaftlichkeit des Vorhabens. Sie wurden einmal mehr enttäuscht:

Zwar rechnete es sich KMW- Prokurist Dr. Fischer als Ausdruck einer neuen Offenheit seines Unternehmens an, dass man diesmal bereit gewesen sei, einer Einladung der Stadt Wiesbaden zu folgen – im Januar hatte sich die KMW bekanntlich noch verweigert. Umso größer war aber die Enttäuschung aller, als trotz dezidierter Aufforderung weder aus den vorgelegten Unterlagen von KMW/ ESWE noch aus den Ausführungen des Referenten irgend etwas Neues oder Erhellendes zu entnehmen war. Dabei lag es nicht an den Ausschussmitgliedern, die jede Menge konkrete Fragen stellten, z.B.: „Wohin wollen Sie denn den ganzen überzähligen Strom verkaufen, der in Mainz und Wiesbaden gar nicht nachgefragt wird?“ „Wie sind die Zukunftspläne der KMW, wenn ihr noch nicht einmal abgeschlossener erster Kohleliefervertrag bereits in 10 Jahren ausläuft, zumal das Kraftwerk 40 Jahre laufen soll?“ „Wie schmutzig müssen Sie Ihren Strom produzieren, damit es sich für Sie rentiert?“ „Welche Zukunftsperspektiven entwirft die KMW?“

Auf alle Wünsche um Aufklärung, etwa die den Rentabilitätsgutachten zugrunde gelegte mutmaßliche Entwicklung des Kohlepreises, die Kosten der CO₂-Zertifikate, die Mehrkosten für eine evtl. bald vorgeschriebene CO₂-Abscheidung, die steigenden Baukosten, die drohenden Regresszahlungen, falls das voreilig bestellte Kraftwerk doch nicht gebaut würde – auf all' diese Fragen, die doch eigentlich Gegenstand der Sitzung sein sollten, gab es nur eine Antwort: „Das Aktiengesetz erlaubt es uns nicht, hierzu öffentlich Zahlen bekannt zu geben.“ Allenfalls in „kleiner Runde“ unter Ausschluss von Presse und Publikum könne man später einmal vielleicht Genaueres sagen.

„Ist doch seltsam!“ wundert sich v. Engelberg: „Da ist ein Unternehmen, das bei jeder Gelegenheit seine Bedeutung als kommunaler Versorger betont, das im Falle von Zweifeln an seinen Kohleplänen stets androht, dann müssten eben die Preise für ÖPNV ins Maßlose steigen und die Lichter ausgehen ...? Wenn dann die Entscheidungsträger, die über ihre Stadtwerke zugleich Hauptaktionäre sind, Zahlen und Fakten wissen wollen, um sich endlich ein klares Bild zu machen, werden sie damit abgespeist, dass die Öffentlichkeit laut Rechtslage gar nichts Genaueres erfahren dürfe.“

Da könnte man ja fast den Eindruck gewinnen, es gäbe etwas zu verbergen? Wir von der B.I. können die Empörung mancher Ausschussmitglieder jedenfalls gut verstehen. Ein Grund mehr für unsere gewählten Vertreter, aus dieser Geheimhaltungspolitik ihre Schlüsse zu ziehen und einem derart undurchsichtigen Milliardenprojekt endgültig Einhalt zu gebieten. Falls die Genehmigung trotz aller offenen Fragen und Mängel in den Antragsunterlagen wider Erwarten doch erteilt werden sollte, bleibt den Kommunen ja noch der Klageweg. Jedenfalls wissen die Mitglieder des Umweltausschusses jetzt noch besser, was die Bürger an der ganzen Sache so aufregt. Die KMW hat damit ihrer öffentlichen Akzeptanz einmal mehr einen Bärendienst erwiesen.“